



Newsletter
4/2025

Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Wochen und Monaten hat unser gemeinsames Projekt große und zum Teil unerwartete Fortschritte gemacht. Das wurde auch auf unserer Mitgliederversammlung im November deutlich.

Dort berichtete uns Annette Meyers, Geschäftsbereichsleitung Neubau BAB 20 der Autobahn GmbH, von dem ersten Spatenstich für den ersten Bauabschnitt, der spätestens im Wie Sommer 2026 erwartet wird.

Sehr positiv aus unserer Sicht sind ebenfalls die deutliche Höherstufung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses der A20 auf den Faktor 2,9, die Klagerücknahme durch den BUND auf schleswig-holsteinischer Seite und die Aufnahme der A20 in die „Büsumer Liste“ der Wirtschafts- und Verkehrsminister der norddeutschen Länder. Darüber hinaus hat Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder im Dezember Baufreigaben für insgesamt 16 Bundesstraßen- und sieben Autobahn-Neubauprojekte in ganz Deutschland erteilt. Darunter sind die A20-Abschnitte zwischen Westerstede und Jaderberg in Niedersachsen sowie zwischen Wittenborn und Weede in Schleswig-Holstein. Die erforderlichen Finanzmittel wurden ebenfalls bereit gestellt.

Wir haben allen Grund, zuversichtlich auf 2026 zu schauen!
Die erreichten Erfolge sind das Ergebnis des anhaltenden politischen und öffentlichen Drucks unter anderem durch unseren Verein – und somit auch das Resultat Ihrer Unterstützung!

Der Vorstand wünscht Ihnen eine informative Lektüre dieses Newsletters.
Die nächste Ausgabe soll im März 2026 erscheinen.
Außerdem wünscht Ihnen der Vorstand besinnliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Start in ein gesundes, glückliches neues Jahr!

Der Vorstand

Michael Blach, Vorsitzender

Michael Appelhans, stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ralf Meyer, Schatzmeister

Kai Seefried, Beisitzer

Henning Wessels, Beisitzer

Thorsten Krüger, Beisitzer

Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter



Vereinsvorsitzender Michael Blach und Planerin Annette Meyers.

Mitgliederversammlung des Fördervereins Pro A20 e.V.:
Erster Spatenstich für spätestens Sommer 2026 geplant

Spätestens im Sommer 2026 wird bereits der erste Spatenstich für den ersten Bauabschnitt der Küstenautobahn zwischen Westerstede (A28) und Jaderberg (A29) erwartet. Darüber informierte Annette Meyers auf der Mitgliederversammlung.

„Wir planen schon die Feier“, bestätigte die Geschäftsbereichsleitung Neubau BAB 20 der Autobahn GmbH. Sie rechnet damit, dass die Aufträge noch 2025 vergeben werden können.

Hintergrund: Seit August ist der Planfeststellungsbeschluss für den 13 Kilometer langen Abschnitt bestandskräftig und somit Baurecht erteilt. Die „realistische Baudauer bis zur Verkehrsfreigabe“ bezifferte Annette Meyers mit acht bis zehn Jahren.

Kosten-Nutzen-Faktor heraufgestuft

Den Baubeginn will der Förderverein laut Vorstandsbeschluss zum Anlass für öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Region und in Berlin nehmen.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mitgliederversammlung.

Es war nicht die einzige frohe Kunde für die Befürworter der A20, die Meyers mitgebracht hatte. Sie berichtete, dass der Nutzen-Kosten-Faktor des Projektes kürzlich auf den sehr guten Wert 2,9 heraufgestuft worden sei.

Der Nutzen-Kosten-Faktor bei einem Bauprojekt beschreibt das Verhältnis zwischen den erwarteten Vorteilen (Nutzen) und den dafür notwendigen Ausgaben (Kosten). Er zeigt, ob sich ein Bauvorhaben wirtschaftlich lohnt: Liegt der Faktor über 1, übersteigen die Vorteile die Kosten; liegt er unter 1, überwiegen die Kosten. 3

Darüber hinaus begrüßen die Verfechter der A20 sehr, dass auf schleswig-holsteinischer Seite zwischen Weede und Wittenborn gebaut werden kann, nachdem die Umweltorganisation BUND ihre Klage zurückgezogen hatte (siehe auch den Beitrag an anderer Stelle dieses Newsletters!).

Blach: „Intensives Jahr liegt hinter uns“

Der Vereinsvorsitzende Michael Blach stellte in seinem Bericht fest: „Ein intensives Jahr liegt hinter uns.“

Der Verein habe 2025 bei verschiedenen Gelegenheiten für den baldigen Bau der A20 geworben. Bei ihr handele es sich um das wichtigste Verkehrsinfrastrukturprojekt der Region – und das seit Jahrzehnten.

Blach strich die Vorteile für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft heraus, betonte aber auch die sicherheitspolitische Bedeutung.

Die Zeit dränge: „Die finanziellen Mittel müssen vom Bund nun umgehend freigegeben werden.“

Die Mitglieder des Fördervereins Pro A20 e.V. informierte Annette Meyers auch über den Planungsstand der weiteren Bauabschnitte auf niedersächsischer Seite.

Für den Abschnitt 2 zwischen A29 (Jaderberg) und B437 (Schwei) gingen aktualisierte Unterlagen an die Planungsbehörden. Für 2026 ist die öffentliche Bürgerbeteiligung vorgesehen. „Im Idealfall ergeht der Planfeststellungsbeschluss 2027/2028“, so Meyers.

Für den Abschnitt 3 zwischen B437 und L121 östlich der Weserquerung läuft 2026 die Aktualisierung der Kartierung an. Vergleichbares gilt für den Abschnitt 4a zwischen L121 östlich der Weserquerung und A27 bei Stotel.

Beim Abschnitt 4 zwischen der A27 bei Stotel und der B71 Heerstedt ist der nächste Schritt die Vorstellung des Projektes beim Fernstraßenbundesamt.

Während der Mitgliederversammlung wurde ebenfalls der Kassenbericht vorgetragen. Der fiel positiv aus. Der Vorstand wurde auf Antrag der Kassenprüfer entlastet.

*** Die marode Verkehrsinfrastruktur belastet die Unternehmen in Deutschland aktuell so stark wie noch nie. Das ergab eine im Oktober veröffentlichte Unternehmensumfrage des Institutes der deutschen Wirtschaft.

84 Prozent der Firmen sehen sich durch die mangelhafte Verkehrsinfrastruktur in ihrer Geschäftstätigkeit regelmäßig beeinträchtigt. Das ist ein neuer Rekordwert: 2018 waren es 67 und 2013 nur 59 Prozent der Unternehmen. Mehr als jedes vierte Unternehmen fühlt sich aktuell sogar stark belastet.

Der Straßenverkehr ist das größte Problem: 92 Prozent der Unternehmen, die sich durch Infrastrukturmängel eingeschränkt fühlen, nennen Straßenmängel als eine der Ursachen. ***

„Historischer Tag“ in Schleswig-Holstein: BUND zieht Klage gegen Weiterbau zurück



Ministerpräsident Daniel Günther (4.v.r.) verkündete die Klagerücknahme.

Das Land Schleswig-Holstein und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) haben sich im November geeinigt: Der BUND zieht seine im Mai beim Bundesverwaltungsgericht eingereichte Klage gegen den Bau des A20-Abschnittes von Weede bis Wittenborn zurück.

Im Gegenzug wird das Land eine mit 14 Millionen Euro ausgestattete Landesstiftung Fledermausschutz schaffen. Außerdem verpflichtet sich das Land zu weiteren Naturschutzmaßnahmen und zu einer ständigen Kontrolle des Tempolimits von 60 Kilometern pro Stunde in Streckenabschnitten der A20 und der A21.

Auch Segebergs Bürgermeister sehr erleichtert

Noch endet die A20 östlich von Bad Segeberg. Der Weiterbau war 2013 durch das Bundesverwaltungsgericht gestoppt worden. Grund war unzureichender Fledermausschutz. Die Segeberger Kalkberghöhen gelten als größtes Fledermaus-Überwinterungsquartier Deutschlands.

Die mit dem BUND erzielte Einigung wurde unter anderem von Ministerpräsident Daniel Günther begrüßt. Der sprach von einem „wirklich historischen Tag für Schleswig-Holstein“. Der CDU-Politiker weiter: „Damit lösen wir unser Versprechen ein, die Menschen in und um Bad Segeberg von Lärm, Abgasen und Autokolonnen zu erlösen.“

Segebergs Bürgermeister Toni Köppen bestätigte, dass die Menschen in dieser Stadt diesen Tag seit vielen Jahren herbeigesehnt hätten. Köppen führte aus: „Für Bad Segeberg bedeutet das, dass die Stadt sich wirtschaftlich entwickeln kann und dass wir endlich wieder Kurstadt sein dürfen, was man ja zumindest in den letzten Jahren bezweifeln konnte.“ Statt bislang mehr als 33.300 Fahrzeugen pro Tag, darunter allein 3.000 Lastwagen, würden dank der A20 nur noch 13.600 Fahrzeuge über die Bundesstraße 206 mitten durch Bad Segeberg rollen.

*** Damit Bauprojekte umgesetzt werden können, sind vor allem Experten für die Planung wichtig. Doch allein bei Bauingenieuren, Prüfstatikern und Bauleitern sind 81 Prozent der offenen Stellen zurzeit nicht besetzbar. Insgesamt fehlen 10.000 Bauplaner. Das geht aus Zahlen des Institutes der deutschen Wirtschaft hervor. Das Institut betont: „Da sich diese Lücke mittelfristig nicht schließen lässt, bleibt nur, Vergabe und Regulierung radikal zu vereinfachen.“ ***

Ministerkonferenz in Büsum: Neue Projekte-Liste berücksichtigt die A20

Auf der eintägigen Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz der Küstenländer (KüWiVerMinKo), im November, dieses Mal von Schleswig-Holstein in Büsum ausgerichtet, wurde die „Ahrensburger Liste“ aus dem Jahr 2008 durch die „Büsumer Liste“ abgelöst. Die Büsumer Liste bündelt die bedeutendsten Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte Norddeutschlands. Die A20 wurde wieder in diese wichtige Liste aufgenommen.

Einmal im Jahr wird die KüWiVerMinKo ausgerichtet. Bei ihr sollen die gemeinsamen Interessen der norddeutschen Länder in wirtschafts- und verkehrspolitischen Fragen abgestimmt werden. Im kommenden Jahr soll die Konferenz in Bremen stattfinden.

Büsumer Liste mit vielfältigen Funktionen

„Die Büsumer Liste trägt der Rolle Norddeutschlands als logistisches Drehkreuz mit seinen Seehäfen ebenso Rechnung wie den norddeutschen Knotenpunkten der Energieversorgung oder der wachsenden Bedeutung militärischer Mobilität.“ Das sagte Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen, Vorsitzender und Gastgeber der diesjährigen Konferenz der Küsten- und Wirtschaftsminister. **6**

„Nicht zuletzt dient uns die Liste als strategisches Instrument, um norddeutsche Interessen frühzeitig in die Bundes- und EU-Verkehrsplanung einzubringen“, so Madsen.

Sie unterstützte zudem die Umsetzung der Nationalen Hafenstrategie, stärkte die transeuropäischen Verkehrskorridore und leiste einen Beitrag zur zivil-militärischen Zusammenarbeit sowie zur Realisierung eines Deutschlandtakts.

Niedersachsens Wirtschafts- und Verkehrsminister Grant Hendrik Tonne sagte zu den vordringlichen Straßen- und Schienenprojekten seines Bundeslandes: „Herzstück unserer Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung und guten Arbeitsplätzen ist eine gut ausgebauten und auskömmlich finanzierte Infrastruktur. Besonders wichtig ist dabei die Anbindung unserer Seehäfen.“ Diese sei nicht nur für Niedersachsen und den Norden entscheidend, sondern auch für die Energiewende und die Resilienz Europas.

IHK Nord kritisiert schleppenden Infrastruktur-Ausbau



v.l.n.r. Grant Hendrik Tonne (Wirtschafts- und Verkehrsminister Niedersachsen), Maike Frese (Wirtschafts-Staatsrätin Freie Hansestadt Bremen), Claus Ruhe Madsen (Wirtschafts- und Verkehrsminister Schleswig-Holstein), Dr. Melanie Leonhard (Wirtschaftssenatorin Freie und Hansestadt Hamburg), Dr. Wolfgang Blank (Wirtschafts- und Infrastrukturminister Mecklenburg-Vorpommern)

Tonne weiter: „Gemeinsam setzen wir uns gegenüber dem Bund und in Europa für eine zügige Umsetzung und verlässliche Finanzierung der Verkehrsprojekte ein. Für Niedersachsen hat zum Beispiel der Bau der A 20 dabei höchste Priorität. Sie verbindet die norddeutschen Wirtschafts- und Hafenstandorte, entlastet zentrale Verkehrsachsen und eröffnet neue Perspektiven für Wirtschaft und Beschäftigung.“

Minister Tonne betonte: „Ohne leistungsfähige Verkehrswege steht Norddeutschland still, und das ist nicht verhandelbar.“

Thomas Buhck, Vorsitzender der IHK Nord, begrüßte den Schulterschluss der Länder beim Infrastrukturausbau, der sich in der Verabschiedung der „Büsumer Liste“ zeigt. Er versicherte: „Als Industrie- und Handelskammern werden wir die vorgelegte Liste nun sorgfältig daraufhin prüfen, inwieweit sie die Bedarfe der Wirtschaft abbildet.“ Zugleich kritisierte Buhck: „Die Tatsache, dass eine Vielzahl von Projekten schon vor 17 Jahren auf der bisherigen Ahrensburger Liste von der Politik als dringlich angesehen wurde und heute wieder – oder besser: immer noch – auf der Liste steht, beweist: Der Infrastrukturausbau im Norden ist dringlicher denn je. Entscheidend für jedes Projekt ist jedoch, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren spürbar beschleunigt werden.“ Nur so könne die Büsumer Liste ihre volle Wirkung für den Wirtschaftsstandort Norddeutschland entfalten.

www.schleswig-holstein.de/buesumer-liste

*** Eine Studie des Institutes für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) bestätigt die Bedeutung der deutschen Häfen für die Energieversorgung sowie für die geopolitische Resilienz Deutschlands und Europas. Das ISL: „Aufgrund der hohen Dringlichkeit mancher Hafenprojekte für das Gelingen der wirtschaftlichen Transformation sollte umgehend mit der Priorisierung strategisch bedeutsamer Projekte begonnen werden.“ ***

Herbstsitzung des Deutschen Verkehrsforums: Enger Zusammenhang zwischen Verkehrsinfrastruktur und Landesverteidigung

Das Präsidium des Deutschen Verkehrsforums (DVF) hat sich im November auf seiner Herbstsitzung in Berlin mit dem Stellvertreter des Befehlshabers des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr und Kommandeur Territoriale Aufgaben, Generalleutnant André Bodemann, über die neuen sicherheitspolitischen Anforderungen und den Beitrag des Verkehrssektors ausgetauscht.

„Politik hat doppelte Verantwortung“

DVF-Präsidiumsvorsitzender Dr. Pierre Dominique Prümm, Vorstand Aviation und Infrastruktur Fraport AG, verwies auf die Bedeutung der Infrastruktur für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Militärische Mobilität sei mittlerweile ein zentrales Ziel der Verkehrspolitik. Prümm sagte: „Nicht umsonst hat die Bundesregierung das NATO-Ziel von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Investitionen in die militärisch nutzbare Infrastruktur bekräftigt. Das unterstreicht die Bedeutung, die tragfähige Brücken, Straßen und Schienenwege sowie logistische Infrastrukturen in Häfen und Flughäfen auch für unsere Sicherheit haben.“



Generalleutnant André Bodemann.

Damit habe die Politik eine doppelte Verantwortung: Sie müsse die Infrastruktur nicht nur schnell verteidigungsfähig machen, sondern auch langfristig auf eine sichere Grundlage stellen. Dieser Investitionsbedarf muss nach Auffassung des DVF-Chefs zusätzlich zu den ohnehin für die Sanierung der Verkehrswege notwendigen Finanzmittel abgesichert werden."

Verkehrssektor gehört in Nationalen Sicherheitsrat

Dr. Prümm forderte darüber hinaus eine engere Zusammenarbeit zwischen Mobilitäts- und Verteidigungssektor. Er erläuterte: „Für die praktische Verteidigungsbereitschaft ist eine enge Koordination zwischen zivilen und militärischen Bereichen nötig. Hierfür ist Anfang des Jahres der Nationale Sicherheitsrat geschaffen worden. In diesem Gremium sollte der Verkehrssektor über das Bundesverkehrsministerium einen festen Platz haben, nicht nur anlassbezogen.“ Derzeit behinderten bürokratische Hürden wie „endlose“ Planungs- und Genehmigungsverfahren, Beschaffungsregeln und unterschiedliche Auslegungen von Sondergenehmigungen sowohl die Verkehrswirtschaft als auch die Bundeswehr.

Investitionen müssen zivilen und militärischen Zwecken dienen

Generalleutnant Bodemann betonte: Angesichts der sicherheitspolitischen Lage in Europa, des zur Verfügung stehenden Finanzrahmens und der Notwendigkeit zu einer stärkeren nationalen Resilienz sei es sinnvoll, künftige Investitionen, wo immer möglich, so zu gestalten, dass diese sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen könnten.

Bodemann konkretisierte: „Dies betrifft insbesondere Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur, die einerseits für den Aufmarsch von alliierten Kräften an die NATO-Ostflanke einen wesentlichen Teil einer glaubhaften Abschreckung darstellen und andererseits für die Bevölkerung und die Wirtschaft ebenso von erheblichem Nutzen sind.“

„Gesamtverteidigung ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

Im Hinblick auf die notwendige Redundanz sagte Bodemann: „Auch hier leiten sich aus den Planungen für einen zeitgerechten und reibungslosen Aufmarsch wesentliche Folgerungen ab. Der Operationsplan Deutschland sieht neben einer Hauptplanung auch Alternativ- und Notfallplanungen für den Aufmarsch vor, um auf alle möglichen Eventualitäten bis hin zur Sabotage oder sogar zu Angriffen zum Beispiel auf Brücken und Eisenbahnverbindungen rasch und flexibel reagieren zu können. Diese Planungen betreffen alle Verkehrsträger.“ Daher sei es bedeutsam, dass es neben der Finanzierung zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch einen Finanzrahmen für eine ertüchtigte Verkehrsinfrastruktur gebe.

Der Generalleutnant fügte hinzu: „Es ist mir wichtig zu betonen, dass die Gesamtverteidigung eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Dabei bildet der Operationsplan Deutschland ausschließlich einen wesentlichen militärischen Anteil an der Gesamtverteidigung ab. Der deutlich umfangreichere Anteil an Gesamtverteidigung ist jedoch die Zivilverteidigung.“

*** Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder und sein dänischer Amtskollege Thomas Danielsen haben sich Ende Oktober in einer gemeinsamen Videokonferenz über den Stand der Bauarbeiten zur Festen Fehmarnbeltquerung und zur deutschen Schienennetzanbindung ausgetauscht. Hintergrund sind Meldungen über Projektverzögerungen durch die Deutsche Bahn und das dänische Unternehmen Sund & Baelt Holding A/S. Die beiden Minister kündigten neue Zeitpläne an. An dem Projekt werde jedoch festgehalten. ***

Marketinggesellschaft Seaports of Niedersachsen:
Michael de Reese bleibt Aufsichtsrats-Chef

Der Aufsichtsrat der Marketinggesellschaft Seaports of Niedersachsen GmbH hat sich neu konstituiert. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde erneut Michael de Reese (Foto), CEO der Rhenus Port Logistics, ernannt. Sein Stellvertreter ist weiterhin Uwe Jacob, Referatsleiter im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium.



Weitere Mitglieder des Aufsichtsrats sind Jan Müller, CEO der J. Müller SE, Kapitän Arne Ehlers, Vorsitzender der Hafenwirtschaftsgemeinschaft Cuxhaven, Jan Remmers, Geschäftsführer der Anker Schifffahrts-Gesellschaft, Kersten Mittwollen, Fachdienstleiter bei der Wirtschaftsförderung der Stadt Oldenburg, und Andreas Bullwinkel, Präsident der Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung. Auch bei der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen, die sich als politisches Sprachrohr der Hafenwirtschaft aufgestellt hat, wurde neu gewählt. Hier wurde Michael de Reese ebenfalls als Sprecher bestätigt. Zum stellvertretenden Sprecher wurde erneut Jan Müller ernannt.

Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe:
Professor Dr. Sebastian Jürgens neuer Präsident

Die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) hat Professor Dr. Sebastian Jürgens (Foto) zum neuen Präsidenten gewählt. Er war zuvor bereits sechs Jahre Mitglied des Präsidiums. Hauptamtlich arbeitet Jürgens seit 2014 als Geschäftsführer der Lübecker Hafen-Gesellschaft (LHG). Außerdem übt er eine Honorarprofessur für Transportlogistik an der Technischen Universität Berlin aus.



„Seehäfen Herzkammern des globalen Handels“

Anlässlich seiner Wahl sagte Jürgens: „Die deutschen Seehäfen sind Herzkammern des globalen Handels. Über sie läuft der Großteil unseres Außenhandels; sie sichern Millionen Arbeitsplätze und sind Grundlage für den Wohlstand unseres Landes sowie für das Gelingen von Energie- und Zeitenwende. Umso unverständlicher ist es, dass die Verantwortung für die Seehäfen von der Bundespolitik immer noch allein den Bundesländern zugeschrieben wird. Der Bund muss hier stärker in die Pflicht.“ Nach Auffassung des ZDS ist eine dauerhafte Grundfinanzierung in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr durch den Bund erforderlich. Außerdem müssten die deutschen Seehäfen strukturell in das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität einbezogen werden.

Der ZDS unterstützt die Einbindung der Häfen in die militärische und sicherheitspolitische Planung der Bundesregierung. Denn sie seien „zentrale Drehscheiben für schweres Gerät, Material und Nachschub“. Damit die Infrastruktur in den Häfen und deren Hinterland für militärische Zwecke ertüchtigt werden könne, müssten rund drei Milliarden Euro investiert werden.

Kontakt zum Förderverein ProA20 e.V.

Förderverein Pro A20 e.V., c/o Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, Haus Schütting, Am Markt 13, 28195 Bremen;
Tel. 0421/36 37 270; Fax 0421/36 37 274; Mail: info@pro-a20.com

Foto-Quellen:

Seite 2: Thomas Klaus

Seite 3: Thomas Klaus

Seite 5: Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein

Seite 7: Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein

Seite 9: Bundeswehr

Seite 10: Seaports of Niedersachsen

Seite 11: ZDS

Redaktion des Newsletters:

Olaf Orb (Förderverein Pro A20 e.V.) und Thomas Klaus (Freier Redakteur)